

Sicherheit zwischen den „Brandmauern“

W31
VON JOSEF JOFFE

Die Sondersitzung des Bundestages über die *Pershing* mag kein Ruhmesblatt für die Koalition gewesen sein. Allzu deutlich legte sie die mühsam verkleisterten Differenzen zwischen den drei Regierungsparteien offen: hie Strauß, aus der Ferne polternd und hilflos, aber keineswegs bereit, den Kanzler aus der Schußlinie zu nehmen; da Genscher, der in manchen Fragen der Ost- und Sicherheitspolitik der SPD näher steht als der Union und keine Gelegenheit ausläßt, sich den Münchnern (und dem Wahlvolk) als eigentlicher Lenker des Staatsgeschicks zu präsentieren. Dazwischen die Frontkämpfer Dregger von der CDU und Biehle von der CSU, die noch einmal die vergangenen Schlachtlinien absteckten, um sich dann dem brüchigen Kompromiß zu widmen. Und Kanzler Kohl? Er schwieg, er hatte seinen „Handlungsbedarf“ schon abgehakt, als er den bedingten Verzicht auf die *Pershing* verkündete.

Doch war die Debatte auch kein Anlaß zu jener Gratulations-Cour, die sich die Opposition in der Gestalt von Hans-Jochen Vogel selbst zuteil werden ließ. Die Widersprüche und Volten der Regierung, die Vogel genüßlich-ironisch vor dem Parlament ausbreitete, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokraten im Zeitalter von Reykjavik auch noch kein Sicherheitskonzept anzubieten haben, das von der gesamten Partei getragen und vor allem ein praktikables Programm für die Regierungsarbeit abgeben könnte. Während die CSU Sicherheit vornehmlich durch die Optik des Militärischen betrachtet, fällt es der SPD immer schwerer, den Waffen einen Platz in ihren Visionen einzuräumen. Sie setzt auf Abrüstung und „gemeinsame Sicherheit“ und vergißt dabei, daß Vertrauen zwar gut, aber Gleichgewicht nicht zu verachten ist. Nicht alle Rüstung ist „wahnwitzig“ (Vogel), nicht jede Abrüstung bringt gleich ein Mehr an Stabilität. Hätte sich die Partei seinerzeit durchgesetzt, als sie trotz wachsender sowjetischer SS-20-Bestände die Nachrüstung kategorisch verdammt, welchen Grund hätte der Kreml heute gehabt, den doppelten Ausverkauf bei den Euro-Raketen anzubieten? Großmächte sind weder Philanthropen noch Pazifisten; sie wissen, daß Vorleistungen – sind sie erst einmal gemacht worden – keinen Verhandlungswert mehr haben.

Zwei Pfeiler der Sicherheit

Die Sondersitzung war sicher zu kurz (und zu kurz anberaumt), um sie dem überfälligen Versuch zu widmen, Parteitaktik und Eitelkeiten hintanzustellen und dafür die neuen Gegebenheiten deutscher Sicherheitspolitik im Schatten von Reykjavik zu debattieren. Es steht außer Zweifel, daß ein vierzig Jahre altes Sicherheitssystem zu bröckeln begonnen hat. Es ruhte auf zwei Pfeilern: Der eine war das Atom. Weder willens noch fähig, ihr demographisches Potential in rein konventionelle Potenz umzumünzen, haben sich die Westeuropäer auf den Atomschirm *made in USA* verlassen. Je brüchiger dieser wurde, desto mehr suchten sie nach Ersatzstreben – immer weiterreichende Geschosse, um den Sowjets stets dieselbe Abschreckungsbotschaft zu übermitteln: Es wird keinen „kleinen“ Krieg in Europa geben,

sorgfältig abgezirkelt zwischen den „Brandmauern“ Schelde und Weichsel; wer ihn beginnt, muß damit rechnen, daß er selbst nicht verschont bleibt. Die Kleinen waren sicher, weil die Großen sich gegenseitig bedrohten. Die „doppelte Null“, von der antieuropäischen Rechten in Washington aufs wärmste begrüßt, markiert da einen tiefen Einschnitt: Ein „begrenzter“ Atomkrieg in Europa könnte zumindest wieder denkbar werden.

Der zweite Pfeiler war eher psychologischer Natur: Jahrzehntelang taten die Sowjets der NATO den „Gefallen“, sich erwartungsgemäß zu verhalten. Sie blockierten West-Berlin und schoben zehn Jahre später das „Berlin-Ultimatum“ hinterher. Sie haben regelmäßig die Verbündeten mit Gewalt diszipliniert, und sie haben während der 70er Jahre – Entspannung hin oder her – bei ihren Waffen, den atomaren wie den konventionellen, kräftig zugelegt. Seit Lenin ist Gorbatschow der erste, der auf diese krude Strategie zu verzichten bereit scheint. Er redet nicht nur vom „gemeinsamen Haus Europa“; er leistet überall Mietvorauszahlungen – etwa in der Münze der „doppelten Null-Lösung“.

Natürliches Machtgefälle

Was Wunder, daß die Deutschen einerseits mit Verwirrung, andererseits mit Visionärem reagieren? Eine Falle wittern die einen, einen historischen Umbruch die anderen. Tatsächlich aber erfordert das neue Tableau vor allem Augenmaß – eine Eigenschaft, die noch nie zu den herausragenden Exportartikeln der Deutschen gehört hat. Bannerträger eines aggressiven Nationalismus bis 1945, sehnen sich neuerdings immer mehr nach dem Glück im stillen Winkel, aus dem die Macht verbannt ist und nur noch die Gemeinsamkeiten triumphieren. Freilich haben die Deutschen noch nie das Glück gehabt – und werden es auch nie haben –, alleingelassen zu werden. Sie bewohnen nun einmal *die* strategisch placierte Immobilie im Herzen Europas, die seit dem 30jährigen Krieg immer wieder Angst oder Habgier der Nachbarn herausgefordert hat.

Daran ändert auch das „Neue Denken“ in Moskau nichts. Es ist der naturgegebene Wunsch der Russen, die zweitstärkste Macht auf dem Kontinent entweder dauerhaft an sich zu binden oder sie zumindest aus antirussischen Koalitionen herauszuhalten. Dies ist eine gerade Linie, die von Tauroggen (1812) über den Rückversicherungsvertrag (1887) nach Rapallo (1922) und dem Vertrag von Berlin (1926) führt. Auf Dauer hat derlei nie funktioniert, aber die Versuchung ist geblieben – auf beiden Seiten. Heute denkt Gorbatschow nicht einmal im Traum daran, den Deutschen die Einheit für die Neutralität anzubieten, aber er ist kreativ genug, um die Möglichkeiten nicht zu übersehen, die der geographischen und nationalen Sonderrolle der Deutschen entwachsen. Er selbst legt mit der „Doppel-Null“ keine atomaren Optionen aus der Hand, die er nicht anderswo wieder wettmachen könnte; die Westdeutschen aber bleiben auf Sicherheit *made in USA* angewiesen, die sich nun anschicken,

zwei Komponenten der Nukleargarantie abzuziehen. Daß daraus diplomatische Chancen erwachsen, mußte ihm nicht erst das „Zehn-Punkte-Papier“ der CSU vorbeten, wonach „Zonen von unterschiedlicher Sicherheit“ geradezu „zwangsläufig“ zu einer „Neuorientierung der deutschen Politik“ führen würden.

Zur Rechten wird gedroht – und zur Linken wird geträumt, daß man auf die Amerikaner und ihr atomares „Teufelszeug“ verzichten und dafür mit den Russen in das historische Geschäft der „gemeinsamen Sicherheit“ einsteigen könne. Diese ist eine Selbstverständlichkeit, die, wo es geht, von den Supermächten seit der Cuba-Krise praktiziert wird: mit dem „heißen Draht“, mit ständigen Kontakten, mit Rüstungskontrolle, die für Transparenz und Berechenbarkeit sorgt, um so einen ungewollten Atomkrieg zu verhindern. Nur kann es im erweiterten Sinne keine „gemeinsame Sicherheit“ zwischen einer Super- und einer Mittelmacht in Europa geben – es sei denn, zu sowjetischen Bedingungen. An dem natürlichen Machtgefälle zwischen Bonn und Moskau führt kein „Strategiepapier“ vorbei; ohne Gleichgewicht ist alle Abrüstung nichts.

Und deshalb wünscht man sich noch so manche „Sondersitzung“ im Bundestag, die sich nicht in Rechthaberei und Selbstbeweihräucherung erschöpfte, sondern zum Wesentlichen vorstieße: Gibt es für die Habenichtse im bleibenden Schatten der Bombe Sicherheit auch ohne den Fluch des Atomaren? Hat die „konventionelle Abschreckung“ eine Chance oder ist sie bloß ein hehrer, leerer Traum? Welche Abrüstung ist bloß eine Geste, die die Supermächte nichts kostet – welche liefert einen echten Gewinn für die Europäer? Wenn die Deutschen diese Fragen nicht beantworten, werden es die anderen tun. 4 0